

Alle reden von Schröder. Nur seine Partei nicht. Die SPD scheut die Berührung mit dem Mann wie der Teufel das Weihwasser. Dabei war Gerhard Schröder nicht nur sieben Jahre lang Bundeskanzler, sondern immerhin auch fünf Jahre lang Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von seinem wichtigsten innenpolitischen Vermächtnis, der Reform des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes, wollen die meisten Genossen nicht nur nichts mehr wissen, sondern sie gehen auch auf Distanz. Allen voran Kanzlerkandidat Martin Schulz.

Schröders Agenda 2010 entstand unter hohem Druck. Denn die Arbeitslosenzahlen, an denen er sich messen lassen wollte, stiegen seit 2002 signifikant. Seit 1998 regierte eine rot-grüne Koalition, auf deren Programm eine Renten-, eine Gesundheits-, eine Steuer-, eine Bundeswehr- und eine Bahnreform standen, außerdem eine gesetzliche Regelung der Einwanderung oder auch des Atomausstiegs, um nur die wichtigsten Vorhaben zu nennen. Was Arbeitsmarkt und Sozialstaat betraf, hatte Gerhard Schröder schon im Februar 1996 als niedersächsischer Ministerpräsident vor der SPD-Landtagsfraktion in Hannover klargestellt, dass es nicht mit einem „Umbau“ des Sozialstaates getan sei: „Es sind tatsächlich tiefe Einschnitte nötig.“ Die heftigen Gegenreaktionen nicht nur der Genossen gaben einen Vorgeschmack auf Kommandes.

Gleichwohl sprach Schröder im Herbst 1997 in einer Weise Klartext, wie man ihn von einem führenden Sozialdemokraten bislang nicht vernommen hatte: „Wir werden Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ und „die nach geltendem Recht schon möglichen Sanktionen bei der Ablehnung zumutbarer Arbeit voll ausschöpfen“. Und das war noch immer nicht die ganze Wahrheit. Die tische Gerhard Schröder allen, die es hören oder eben nicht hören wollten, im April 1998 auf. „Die Sicherheiten, die der Sozialstaat bieten wird, werden nicht mehr die alten sein.“ Und er sagte das nicht irgendwo, sondern auf jenem Sonderparteitag der SPD, der ihn zum Kanzlerkandidaten machte.

Das zeigt, dass eine Wahl nicht wegen vermeintlich unpopulärer Überzeugungen verloren gehen muss. So gesehen wettet Angela Merkel, die sich derzeit mit Nachdruck für die Agenda ihres Vorgängers starkmacht, möglicherweise auf ein aussichtreicherer Pferd als ihr sozialdemokratischer Herausforderer.

Anders als das wohl den meisten in Erinnerung ist, machte sich Schröders Regierung schon während der ersten Legislaturperiode ans Werk der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreform – soweit die übrigen Reformen, aber auch die internationalen Krisen das zuließen. Das Bundeskabinett verabschiedete das sogenannte Job-AQTIV-Gesetz („Aktivieren, Qualifizieren, Trainieren, Investieren, Vermitteln“) sieben Tage nach dem Anschlag vom 11. September 2001. Es stand im Schatten dieses Ereignisses und hat schon deshalb nie die Würdigung erfahren, die dieser Abschied von der reaktiven Ausrichtung des Arbeitsförderungsrechts eigentlich verdient. Es verband die Verbesserung von Vermittlung, Beratung, Qualifizierung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen mit dem Druck auf diese, die Angebote auch anzunehmen: eine von mehreren Brücken zur späteren Agenda 2010.

Wer heute von dieser Agenda spricht, meint in der Regel den umstrittenen Kern der Großreform, also Hartz IV. Aber schon die Zählweise sagt, dass es mindestens drei weitere Kapitel gegeben haben muss, die allesamt nach Peter Hartz, dem damaligen Personalvorstand von Volkswagen, benannt wurden. Günter Grass, der dem Kanzler Gerhard Schröder auch in schwierigen Zeiten die Stange hielt, hat später zu Recht gefragt, wie man nur auf die Idee kommen konnte, die Arbeitsmarktreformen nach ihrem Erfinder zu benennen und sie auch noch durchnummerieren. Eine Entscheidung lag dem wohl nicht zugrunde. Es bürgerliche sich wie vieles im Sprachgebrauch irgendwie ein.

Peter Hartz, ein seinerzeit hochangesehener und erfolgreicher Personalmana-



Foto ddp Images

Schröders Erbe ist wertvoll

Aber ausgerechnet die SPD redet die Agenda 2010 seit Jahren schlecht. Martin Schulz jetzt besonders laut. Was bezweckt er damit? *Von Gregor Schöllgen*

ger, war von Schröder gebeten worden, den Vorsitz einer Kommission zu übernehmen, die nicht weniger als die größte Arbeitsmarktreform der deutschen Geschichte auf den Weg bringen sollte. Anfang März 2002 trat die Kommission erstmals zusammen, am 16. August 2002 stellten der Bundeskanzler und der Kommissionsvorsitzende den 343 Seiten starken Bericht vor.

Man muss das Datum nennen, weil es gerade einmal fünf Wochen vor der Bundestagswahl lag. Die Präsentation des Berichts gehörte in den heißen Wahlkampf. Der Kanzler benannte die leitenden Maxime: Sie „heißt fördern und fordern“. Im Prinzip des Förderns ist begründet, dass auch der Arbeitslose etwas bringen muss. Wenn er zumutbare Arbeit ablehnt, mit nicht zureichenden Gründen, muss er bereit sein, Sanktionen zu akzeptieren.“

Das sagte viel über diesen Gerhard Schröder aus. Die Maxime „fördern und fordern“ spiegelt eine entscheidende, wenn nicht die entscheidende Erfahrung seiner eigenen Biographie wider. Jahrgang 1944, ohne leiblichen Vater und am äußersten Rand der Wirtschaftswundergesellschaft aufgewachsen, hatte Schröder über den Volksschulabschluss, eine Lehre als Verkäufer, den zweiten Bildungsweg und das Jurastudium in die doppelte Laufbahn des Anwalts und des Berufspolitikers gefunden. Die Gesellschaft hatte ihm diese Chance geboten – und er hatte sie ergriffen. Schröder wusste also, wovon er sprach. „Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit“, die Parole seiner gesamten politischen Laufbahn, war für ihn keine Phrase, nie.

Das erklärt, warum er als Kanzler zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel an der Notwendigkeit der Reformen hatte und auch dann dabei geblieben ist, als er wusste, dass sie ihn die Kanzlerschaft kosten könnten. Schon das Ergebnis der Wahl, die er am 22. September 2002 mit der denkbar knappsten Mehrheit gegen Edmund Stoiber gewann, ließ sich so deuten. Gleichwohl errang die SPD mit ihrem Kanzler noch 38,5 Prozent der Stimmen. Das waren gerade einmal 2,4 Prozent weniger als 1998.

Weil Gerhard Schröder wusste, dass ihm der Sturm ins Gesicht blasen würde, sobald aus der Ankündigung konkrete Politik würde, deutete er in seiner ersten Regierungserklärung nach der Wahl lediglich an, worauf sich die Deutschen in der neuen Legislaturperiode einzustellen hätten. Für dieses Ausweichen gab es „ein paar objektive Gründe“, aber „möglicherweise“ auch einen „Mangel an Entschiedenheit“, bilanzierte Schröder nach dem

Ende seiner Kanzlerschaft, als er sein Leben hinter verschlossenen Türen Revue passieren ließ. Da wusste er: Die spätere Agenda „hätte an den Beginn der neuen Legislaturperiode gehört“.

Das bezog sich auf Hartz IV. Denn Hartz I und II wurden zügig verabschiedet, noch 2002: die ersten beiden der vier „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Hartz II führte unter anderem die sogenannten Minijobs ein und erhöhte die Verdienstobergrenze für geringfügig Beschäftigte auf 400 Euro, Hartz I regelte die Leih- beziehungsweise Zeitarbeit neu. Das hatte zur Folge, dass eine Reihe von Unternehmen Teile ihrer Stammbeschäftigung durch Leiharbeiter ersetzte. Den Firmen bot das eine Möglichkeit, besser auf Schwankungen der Konjunktur und der Auftragslage zu reagieren. Für die Arbeitnehmer zeichnete sich eine Abkehr von festen Arbeitsplätzen ab. Das hatte der Gesetzgeber 2002 unterschätzt. Andererseits übertrieb der rasch anschwellende Chor der Kritiker die Lage maßlos. Zwischen 2005 und 2016 lag der Anteil der Zeit- beziehungsweise Leiharbeiter stets unter drei Prozent. Unternehmen wissen nämlich auch, was sie an ihren Stammbeschäftigten haben.

Während Hartz I und II Ende 2002 das Parlament passierten, machten sie sich im Kanzleramt daran, die dritte und vor allem die vierte Stufe der Reformarkete zu zünden, die als „Agenda 2010“ in die Geschichte eingegangen ist. Als ihr eigentlicher Architekt muss der künftige Bundespräsident gelten: Frank-Walter Steinmeier, der seit Oktober 1998 faktisch, seit Juli 1999 auch förmlich das Kanzleramt leitete. Etliche arbeiteten ihm und dem engsten Kreis zu.

Das Ergebnis der hektischen Beratungen wurde auf sage und schreibe 83 Seiten zusammengefasst. So stark war das Redemanuskript, mit dem sich Gerhard Schröder am Morgen des 14. März 2003 ans Rednerpult des Deutschen Bundestags begab. Das Plenum war gefüllt, Spannung lag in der Luft. Alle wussten, dass der Kanzler folgenschwere Maßnahmen ankündigen würde, doch die wenigsten kannten die Details. Das „öffentliche Interesse“ an seiner Rede sei „kaum mehr zu steigern“, hatte ihm Steinmeier im Vorfeld geschrieben. Und er hatte hinzugefügt, dass diese hohe Aufmerksamkeit bei der Vorbereitung der Reformagenda „etwas hinderlich“ sei.

Das merkte man dem Text an. Hinzu kam, dass zu viele an der Rede mitgewirkt hatten, dass zu unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen waren und dass sich die Regierung, allen voran der

Bundeskanzler, gerade in diesen Wochen intensiv mit dem Irak zu befassen hatte, der wenige Tage nach Verlesung der Agenda durch eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der Vereinigten Staaten angegriffen wurde. Schröder hatte schon Wochen zuvor klargestellt, dass sich Deutschland an diesem Krieg nicht beteiligen würde – und damit, auch im Innern, einen politischen Großangriff auf seine Person ausgelöst.

Nicht zufällig trug die Regierungserklärung den Titel „Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung“; in dieser Reihenfolge. Den Titel hatte der Kanzler selbst entworfen, das Motto „Agenda 2010“ war eine Wortschöpfung seiner Frau Doris Schröder-Köpf. „Wer zumutbare Arbeit ablehnt“, werde „mit Sanktionen rechnen müssen“ – solche Botschaften brachte der Kanzler nicht zum ersten Mal zu Gehör; aber sie wurden wohl von den allermeisten erstmals wörtlich genommen. In Erinnerung geblieben ist im Grunde nur der eine Satz der 83 Seiten, mit dem Schröder die Zusammenfassung der „Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ ankündigte – „und zwar einheitlich auf einer Höhe“, die in der Regel „dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird“.

Alles andere ging unter, wurde bald vergessen oder vom Bundeskanzler auch nicht ausdrücklich gesagt. Tatsächlich ging es bei der Agenda weniger um eine sozialpolitische als vielmehr um eine wirtschafts- beziehungsweise finanzpolitische Initiative, mit der die maroden Kassen saniert werden sollten. Ein halbes Jahr später schrieb Gerhard Schröder an Hans-Jürgen Wischnewski, sozialdemokratisches Schlachttross mit vielfältigem Einsatz: „Wir haben dieses riesige Reformwerk geschultert, um uns Luft zu verschaffen für Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“

Dass dieses Ziel, aufs Ganze gesehen, erreicht worden ist, bestreitet heute ernsthaft kaum jemand mehr. Nicht einmal in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Dort klammern sich die Kritiker der Agenda an den Korrekturbedarf, den jede große Reform über kurz oder lang erkennen lässt. Der aber zeigt sich erst im Praxistest. Erstaunlich ist daher nicht der Korrekturbedarf der Agenda an und für sich, sondern sein überschaubares Ausmaß: letztlich die Frage, wie lange im Falle des Arbeitsplatzverlustes das Arbeitslosengeld gezahlt wird und wann an dessen Stelle das Existenzminimum tritt.

Diese Grundsicherung, welche die vormalige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammenführt und heute allgemein als „Hartz IV“ firmiert, wurde von

Schröder und seinen Reformern mit Bedacht „Arbeitslosengeld II“ genannt, folglich das überkommene Arbeitslosengeld mit einer „I“ versehen. Die Regierung befristete den Bezug des Arbeitslosengeldes I („fördern“) im Regelfall auf ein Jahr, weil sie Missbrauch gegensteuern und die Arbeitslosen zwingen („fordern“) wollte, so bald wie möglich auch Stellen anzunehmen, die nicht den eigenen Wünschen oder Vorstellungen entsprachen. Dieses Prinzip wurde aufgebrochen, aber nicht aufgegeben, als die erste große Koalition unter Merkels Führung 2008 älteren Arbeitslosen eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zubilligte.

Angela Merkel war seinerzeit als Oppositionsführerin entscheidend daran beteiligt gewesen, dass die Agenda 2010 die parlamentarischen Hürden nahm. Sie wusste, was sie tat: Die unpopulären Aufräumarbeiten waren erledigt, sollte sie Schröder einmal beerben. Was ihre Regierung heute ökonomisch stemmen kann, geht nicht zuletzt auf die gute Verfassung zurück, in der sich das Land dank Schröders Agenda befindet.

Vom Bundesrat in den Vermittlungsausschuss überwiesen, fand deren abschließende Beratung am 14. Dezember 2003 im Kanzleramt statt. Eigentlich war es ein Spitzentreffen, an dem von Koalitionsseite der Bundeskanzler, Joschka Fischer und Franz Müntefering und seitens der Opposition Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und Angela Merkel teilnahmen. Als sie am nächsten Morgen gegen halb fünf den Sitzungssaal verließen, hatten sie ein riesiges Paket geschnürt und damit, wie wir heute wissen, den ersten Schritt hin zu einer großen Koalition getan. Zu dem Paket gehörte vor allem eine Einigung in Sachen Hartz III und Hartz IV. Hartz III brachte den radikalen Umbau der vormaligen Bundesanstalt für Arbeit in eine marktgerechte Bundesagentur für Arbeit. Hartz IV setzte auf einen radikalen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Schröder wusste, dass dieser Abbau eine Frage der Zeit war, und er wusste auch, dass diese Zeit von seinen politischen Gegnern genutzt werden würde. So kam es dann auch. Dass die Presse auf breiter Front mobilmachen würde, war absehbar; dass die PDS, die Nachfolgepartei der DDR-SED, und vor allem die Gewerkschaften in die Schlacht „gegen Hartz IV“ ziehen würden, war nicht überraschend; dass ein Teil der Linken in seiner eigenen Partei – darunter mit Heiko Maas und Andrea Nahles auch zwei heutige Mitglieder des Bundeskabinetts – gegen ihren Kanzler und Parteivorsitzenden in Stellung ging, war aller-

dings bitter. Und es war der eigentliche Grund, warum Schröder im Mai 2005, nach einer krachenden Wahlniederlage der SPD in Nordrhein-Westfalen, die Flucht nach vorn antrat und vorzeitige Neuwahlen im Bund herbeiführte.

Als er sie im September 2005 knapp verlor, wurden fast fünf Millionen Arbeitslose gezählt. Das waren noch einmal deutlich mehr als 2003, weil jetzt auch die vormaligen Sozialhilfeempfänger in dieser Statistik auftauchten. Heute hat sich die Zahl beinahe halbiert, die Wirtschaft brummt, und Deutschland ist vom Sorgenkind Europas zu seinem Stabilitätsanker geworden. Nur wenige stellen in Abrede, dass diese Entwicklung auch eine Folge von Schröders Reformagenda ist. Das bringt deren parteiinternen Kritiker in erhebliche Argumentationsnöte. Was ihnen bleibt, ist zum einen die Erzählung einzelner Schicksale, die es natürlich geben kann: „Mit 14 in den Betrieb eingestiegen und jetzt mit 50 immer noch da“, weiß Martin Schulz, ein großer Erzähler, zu berichten: „Der Mann hat Angst. Wenn er seinen Job verliert, bekommt er 15 Monate Arbeitslosengeld. Und dann geht es an seine Existenz.“ Das klingt hart. Allerdings gehört zu der Geschichte auch, dass in diesem Fall, der ja noch nicht eingetreten ist, ein Fürsorgesystem – nämlich das Arbeitslosengeld II beziehungsweise Hartz IV – greifen würde, das bei allen Härten und wohl auch Defiziten international seinesgleichen sucht.

Weil das Erzählen solcher Schicksale über kurz oder lang zu ermüden droht, haben die parteiinternen Kritiker der Agenda 2010 einen Kampfbegriff wiederentdeckt, den der wohl erbitterteste Gegner des Kanzlers und seiner Agenda schon im April 2003 aus dem Hut gezaubert hatte. Oskar Lafontaine, der als SPD-Vorsitzender ein Wegbereiter des Wahlerfolges vom Herbst 1998 gewesen war, hatte es nicht verstanden, dass er als Finanzminister im Kabinett des Rivalen nur eine zweite Geige spielte. Am 11. März 1999 zog er die Konsequenz, warf ohne Vorwarnung alles hin – Ministeramt, Bundestagsmandat, Parteivorsitz – und begab sich auf den Rachefeldzug gegen Gerhard Schröder. Erst als der im Herbst 2005 als Kanzler gescheitert war, hatte sich für Oskar Lafontaine die „Rivalität erledigt“. Jetzt „stand es 1:1“. In der Wahlnacht, sagte Lafontaine anderthalb Jahrzehnte später mit Blick auf den Rivalen, „fiel es von mir ab. Jetzt war ich innerlich frei.“

Damals war er noch SPD-Mitglied. Seinen Feldzug gegen die Agenda hatte er fünf Wochen nach deren Verlesung aufgenommen. Schröder, so prognostizierte er in der F.A.S., werde „vollends scheitern“, sollte er seinen „neoliberalen Kurs“ fortsetzen: ein Kampfbegriff, von dem niemand wusste, was er eigentlich meinte. Genau deshalb konnte der „neoliberale Kurs“ jedem tatsächlichen, vermeintlichen, vermuteten oder unterstellten Defizit der Politik als Etikett aufgepappt werden.

Dass jetzt Martin Schulz, der Kanzlerkandidat der SPD, ausgerechnet diese Kampffarole wieder ins Feld führt, macht dann doch sprachlos. Denn mit dem Schlachtruf „gegen den neoliberalen Kurs“ der Agenda 2010 hatte Oskar Lafontaine nicht nur seine persönliche Fehde gegen Gerhard Schröder eröffnet, sondern auch die Spaltung der SPD eingeleitet. Ihren Abschluss fand sie im Sommer 2005 mit dem Wahlbündnis von abtrünnigen Sozialdemokraten, PDS und anderen linken Kräften und zwei Jahre später mit deren Zusammenschluss zur Partei „Die Linke“.

Falls Martin Schulz weiß, was er tut, kann die Wiederaufnahme der Kampffarole von 2003 nur bedeuten, dass er die Linke ködern will. Das wäre legitim. Oder aber er will die Spaltung der deutschen Linken rückgängig machen. Das wäre aller Ehren wert. Und es wäre, je nach Sicht der Dinge, mutig oder weltfremd. Denn gelungen ist das seit der Ursprung der Linken während des Ersten Weltkrieges niemandem. Am Ende könnte der Schuss nach hinten losgehen. Dann wäre die Spaltung der Linken zementiert und Schröders Reformwerk womöglich in Teilen demontiert. Kann man das als Sozialdemokrat wollen?

Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Erlangen.